26 / 2012 www.sabine-baetzing.de 07.09.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Diese Woche ist die Woche der "Klausuren". Am Dienstag sind meine Berliner Mitarbeiter zur Klausursitzung mit dem gesamten Team in den Wahlkreis gekommen und am Donnerstag hab ich sie zurück nach Berlin begleitet, denn dort beginnen ab Montag wieder die Sitzungswochen, die Donnerstag und Freitag mit Klausursitzungen von Fraktionsvorstand und Fraktion vorbereitet werden.
Aber ich bleibe am Wochenende natürlich nicht in der Hauptstadt, denn zu Hause im Wahlkreis geht‘s mit vielen Open-Air-Veranstaltungen los.
Vielleicht sehen wir uns ja bei einem Winzerfest am Rhein oder beim Schützenfest in Betzdorf?
Egal wo ihr seid, genießt den Spätsommer!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Haushalt – Neuverschuldung sollte längst abgebaut sein!

Die Regierungskoalition wird bei ihren Ankündigungen zur Haushaltskonsolidierung nun von den eigenen Lebenslügen eingeholt. Mit ihrem Glauben, auf der Welle der Konjunktur zum ausgeglichenen Haushalt zu segeln, sind CDU/CSU und FDP gescheitert.
Während in den vergangenen Tagen vor allem die FDP noch den Eindruck erwecken wollte, bei der Konsolidierung besonders ambitionierte Ziele zu verfolgen, um das Image der mangelhaften Seriosität abzustreifen, betont heute die Koalition die Erfolge der wachstumsfreundlichen Konsolidierung. Diese von Finanzminister Schäuble geprägte Formulierung ist eine freundliche Beschreibung für den Stillstand in der Haushaltspolitik dieser Regierungskoalition.
Gemeint ist damit, dass das Defizit sich aufgrund der konjunkturellen Lage ohne Mitwirkung der politischen Entscheidungsträger vermindert. Die Verringerung der Ausgaben hat also nichts mit einer aktiven Haushaltspolitik zu tun, sondern mit steigenden Steuereinnahmen, sinkenden Arbeitsmarkt- und Zinsausgaben. Dabei müsste die Neuverschuldung durch die positive konjunkturelle Entwicklung längst abgebaut sein.
Dagegen hat die Regierung die sprudelnden Steuereinnahmen teilweise als Kitt für den Zusammenhalt ihren brüchigen Koalition verwendet und über die Ministerien verteilt. Insgesamt ist der Finanzbereich ein Desaster für die Koalition. Ob Mehrwertsteuerreform, Kommunalfinanzen oder Haushaltskonsolidierung – von den zahlreichen Ankündigungen des Koalitionsvertrages wurde bisher nichts geliefert.
Besonders peinlich ist die deutsche Haushaltslage angesichts der Forderungen der Bundeskanzlerin sowie des Wirtschafts- und Finanzministers an die europäischen Partner. Während von den anderen Ländern Konsolidierungserfolge gefordert werden, bleibt diese Regierungskoalition hinter ihren eigenen Zielen beim Abbau des strukturellen Defizits zurück. Das 2010 vorgelegte Sparpaket wurde nur zur Hälfte umgesetzt und an anderer Stelle werden sogar Haushaltsbelastungen ohne Gegenfinanzierung beschlossen.
Statt also den Abbau der Neuverschuldung in guten Zeiten konsequent voranzubringen, wird das Geld für sinnlose Projekte wie das Betreuungsgeld verpulvert. Auch die geplanten Steuersenkungen sind nicht nachhaltig finanziert, sondern werden aus den konjunkturellen Mehreinnahmen bezahlt. Die aktuell günstigen Zinsentwicklungen, die aus der Finanzkrise in der Eurozone resultieren, werden in die Zukunft fortgeschrieben.
Beim Bundesbankgewinn werden die Risiken der Finanzkrise ebenso ignoriert wie die sich eintrübende konjunkturelle Lage. Die Bundesbank hat deshalb der Regierung in ihrem aktuellen Monatsbericht zu recht ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Auch der oft wiederholte Hinweis auf die angeblich vorzeitige Einhaltung der Schuldenbremse ist verlogen.
Der Bundesfinanzminister hat sich durch eine willkürliche Anwendung der Schuldenregel – die einem Rechtsbruch gleichkommt – vorsorglich einen Überziehungskredit verschafft, der allein aus 2011 mehr als 25 Milliarden Euro beträgt und den er im Haushaltsvollzug nutzen kann. Nach Berechnungen der Bundesbank werden diese zusätzlichen Verschuldungsspielräume bis 2015 auf 50 Milliarden Euro aufwachsen.
Die deutsche Schuldenbremse, zu deren Einführung und dauerhafter Beibehaltung sich Deutschland mit dem Fiskalvertrag verpflichtet, wird dadurch ausgehöhlt. Deutschland bricht damit den Fiskalvertrag noch vor seinem Inkrafttreten. Die Forderungen der Bundeskanzlerin an die Mitgliedsstaaten der EU nach einer soliden Haushaltskonsolidierung werden dadurch unglaubwürdig.

Sabines Woche Infoservice

Justiz

Steuerbetrug – Das ist doch kein Kavaliersdelikt!

Die FDP-Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger hält Steuerbetrug offenbar für ein Kavaliersdelikt und ermuntert kriminelle Reiche, Steuern zu hinterziehen. Die entzogenen Millionenbeträge fehlen im deutschen Staatshaushalt. FDP-Justizpolitik geht zulasten des Sozialstaates und des Gemeinwohls.

Auf den Beschluss der Justizministerkonferenz kann sich die Bundesministerin jedenfalls nicht berufen. Die Landesjustizministerinnen und -minister haben im Juni 2012 beschlossen, Strafbarkeitslücken beim Handel mit rechtswidrig erlangten Daten zu schließen, etwa durch einen Straftatbestand der Datenhehlerei. Es geht dabei um den Verkauf gestohlener digitaler Identitätsdaten, wie Facebook-Zugangsdaten, E-Mail-Konten oder Kreditkartendaten.

Ausdrücklich klargestellt haben die Ministerinnen und Minister in dem Beschluss, dass der Straftatbestand nicht den Erwerb von Daten erfassen soll, „der ausschließlich der Erfüllung rechtmäßiger dienstlicher oder beruflicher Pflichten dient (zum Beispiel Ankauf von Steuerdaten).“

Mit dem Beschluss knüpfen die Landesjustizministerinnen und -minister an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an. Das Gericht hatte im November 2010 entschieden, dass der deutsche Staat angekaufte Daten über Steuersünder für Ermittlungsmaßnahmen nutzen darf und zwar selbst dann, wenn diese Informationen rechtswidrig erlangt wurden.

Die Bundesjustizministerin versteht nichts von Steuerrecht und Strafgesetz, wenn sie jetzt gerichtlich zugelassene Fahndungsinstrumente gegen Steuerbetrug kriminalisiert.

Verkehr

Radverkehrsplan 2020 – Das ist wenig ambitioniert!

Verkehrsminister Ramsauer hat nun den Nationalen Radverkehrsplan 2020 vorgestellt. Er verliert sich in unverbindlichen Ankündigungen und Prüfaufträgen. Seine Ziele sind wenig ambitioniert. Die Wirkung wird gering bleiben, da die schwarz-gelbe Bundesregierung es nur bei Lippenbekenntnissen belässt. Nur wenige Empfehlungen der vom Minister eingesetzten Expertenkommission zur Fortentwicklung des Nationalen Radverkehrsplan sind aufgenommen worden. So wird der Autoverkehr weitestgehend ausgespart. Die Radverkehrspolitik von Bundesverkehrsminister Ramsauer ist unglaubwürdig. Schwarz-Gelb hat die Mittel für den Ausbau von Radwegen an Bundesfernstraßen halbiert.

Das steht im absoluten Widerspruch zu der Absicht, den Anteil des Fahrradverkehrs zu erhöhen. 2010 waren es noch 100 Millionen Euro im Haushalt, für 2013 sind nur noch 50 Millionen Euro vorgesehen. Populistisch bedient der Minister mit öffentlichen Äußerungen über sogenannte „Kampfradler“ negative Vorurteile. Er leistet der weiteren Förderung des Fahrradverkehrs einen Bärendienst. Gleichzeitig verunsichert der Bundesverkehrsminister die Bevölkerung in Deutschland, in dem er öffentlich über eine Helmpflicht für Radfahrer spekuliert. Wir brauchen nicht höhere Strafgelder, sondern verschärfte Kontrollen von Radfahrern. Herr Ramsauer will mit seinem Vorstoß für höhere Bußgelder für Radfahrer offensichtlich von der „Prosa“ seines Radverkehrsplans ablenken. Er verleugnet, dass das Auto immer noch der Hauptverursacher von Unfällen im Straßenverkehr ist.

Finanzen

Bankenaufsicht – Auf die wichtigen konzentrieren!

Die Schaffung einer europäischen Bankenunion ist ein wichtiges und langfristiges Ziel. Wir haben eine europäische Bankenkrise. Global agierende systemrelevante Banken müssen europäisch überwacht und reguliert werden. EU-Kommissar Barnier hat jetzt Pläne für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht vorgelegt. Im Kern soll die EZB die Aufsicht über alle 6.000 Banken der Eurozone übernehmen. Dieser Vorschlag ist ein Schnellschuss und nicht geeignet zu einer effektiven Überwachung der Banken in Europa zu kommen.

Mit einem solchen einheitlichen Überwachungsregime bis hinunter zur letzten Kreissparkasse wäre die EZB hoffnungslos überfordert. Damit wird eine wirksame und zielgenaue Aufsicht über die systemrelevanten Banken sogar teilweise verhindert. Eine europäische Bankenunion macht nur Sinn, wenn die systemrelevanten Banken Ziel des Aufsichtsregimes sind. Kleinere, nicht systemische Institute müssen auch in Zukunft national überwacht werden. Darüber hinaus muss die Konstruktion einer EU-Bankenaufsicht sorgfältig überdacht werden.

Eine Konzentration der Aufsicht bei der EZB ist mit gravierenden Nachteilen verbunden. Die Unabhängigkeit der EZB würde dadurch beeinträchtigt und Konflikte zwischen der Geldpolitik und der Bankenaufsicht wären vorprogrammiert. Das deutsche Modell einer geteilten Bankenaufsicht zwischen BaFin und Bundesbank könnte auch für Europa Vorbild sein. Sorgfältige Ausarbeitung statt unausgegorene Schnellschüsse muss jetzt das Motto sein.

Familie

Familienpflegezeit – Das Konzept stimmt nicht!

Die zum 1. Januar eingeführte Familienpflegezeit floppt. Das neue Gesetz wird kaum in Anspruch genommen. Eine Frage an das Familienministerium gibt keine aktuelle Antwort , wie viele Beschäftigte bislang Familienpflegezeit beantragt haben.

Unkonkret formuliert das Ministerium, die Akzeptanz der Familienpflegezeit habe sich seit Einführung positiv entwickelt. Das Gesetz, das ursprünglich die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern sollte, geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei.

Bonbon

„Wenn du denkst, es geht nicht blöder, gibt es immer noch den Markus Söder.“

(Wilfried Schmickler, Kabarettist)

Termine

08.09.12	**11.00 Uhr**	**Tibet-Gesprächskreis AK**
	15.30 Uhr	**Winzerfest Leutesdorf**
	19.00 Uhr	**Jugendblasorchester Mehrbachtal**
09.09.12	**12.00 Uhr**	**170 Jahre MGV Oberbieber**
	14.30 Uhr	**Schützenfest Betzdorf**
10.09.12 – 14.09.12		**Sitzungswoche in Berlin**